

# MEDIEN- UND MEINUNGS-FREIHEIT

## Internationale Regelungen

**Meinungsfreiheit** ist ein unveräußerliches Recht aller Mitglieder der Gesellschaft. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde dies in Artikel 19 von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 folgendermaßen formuliert: »Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.«



Blogger und Online-Journalisten, Vietnam

**Pressefreiheit** ist die Basis einer demokratischen Gesellschaft. In den Ländern, in denen Medien nicht über Unrecht, Machtmissbrauch oder Korruption berichten können, findet keine öffentliche Kontrolle statt. Darüber hinaus kann sich weder die Meinungsbildung des Einzelnen entfalten, noch ein friedlicher Ausgleich von Interessen stattfinden. Am 3. Mai 1991 wurde anlässlich einer UNESCO-Konferenz in der namibischen Hauptstadt die Deklaration von Windhuk verabschiedet. In dieser Erklärung wird die »Schaffung einer unabhängigen, pluralistischen und freien Presse« als »Eckstein für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung« bezeichnet. In Erinnerung an die Annahme der Deklaration erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 3. Mai zum Internationalen Tag der Pressefreiheit.



Zeitungsstand in Burma Dezember 2012

| Land / Rang | 2013 | 2012 |
|-------------|------|------|
| Finnland    | 1    | 1    |
| Deutschland | 17   | 16   |
| Osttimor    | 90   | 86   |
| Brunei      | 122  | 125  |
| Thailand    | 135  | 137  |
| Indonesien  | 139  | 146  |
| Kambodscha  | 143  | 117  |
| Malaysia    | 145  | 122  |
| Philippinen | 147  | 140  |
| Singapur    | 149  | 135  |
| Burma       | 151  | 169  |
| Laos        | 168  | 165  |
| Vietnam     | 172  | 172  |
| Iran        | 174  | 175  |
| Syrien      | 176  | 176  |
| Nordkorea   | 178  | 178  |
| Eritrea     | 179  | 179  |

Quelle: Ranking 2013 - Pressefreiheit weltweit, Reporter ohne Grenzen

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird auf den Postern durchgängig die maskuline Sprachform gewählt. Es sei jedoch ausdrücklich angemerkt, dass immer sowohl die männliche als auch die weibliche Form gemeint ist.

# SÜDOSTASIEN

## Südostasien Informationsstelle im Asienhaus

Die Südostasien Informationsstelle leistet unabhängige entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Südostasien. Mit Workshops, Ausstellungen und Vortragsreihen wollen wir Interessierten Hintergründe über die verschiedenen Länder in dieser Region aufzeigen. Die Informationsstelle ist Mitbegründerin des Asienhauses und hat ihren Sitz in Köln. Der 1983 gegründete Trägerverein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V. hat derzeit etwa 80 Mitglieder. Gemeinsam mit dem philippinenbüro e.V. bringt die Südostasien Informationsstelle vierteljährlich die Zeitschrift Südostasien heraus. Die einzelnen Themenhefte behandeln jeweils aktuelle Schwerpunkte.

## Kontakt:

Südostasien Informationsstelle  
im Asienhaus  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln  
soainfo@asienhaus.de  
www.asienhaus.de/soainfo



SÜDOSTASIEN Informationsstelle

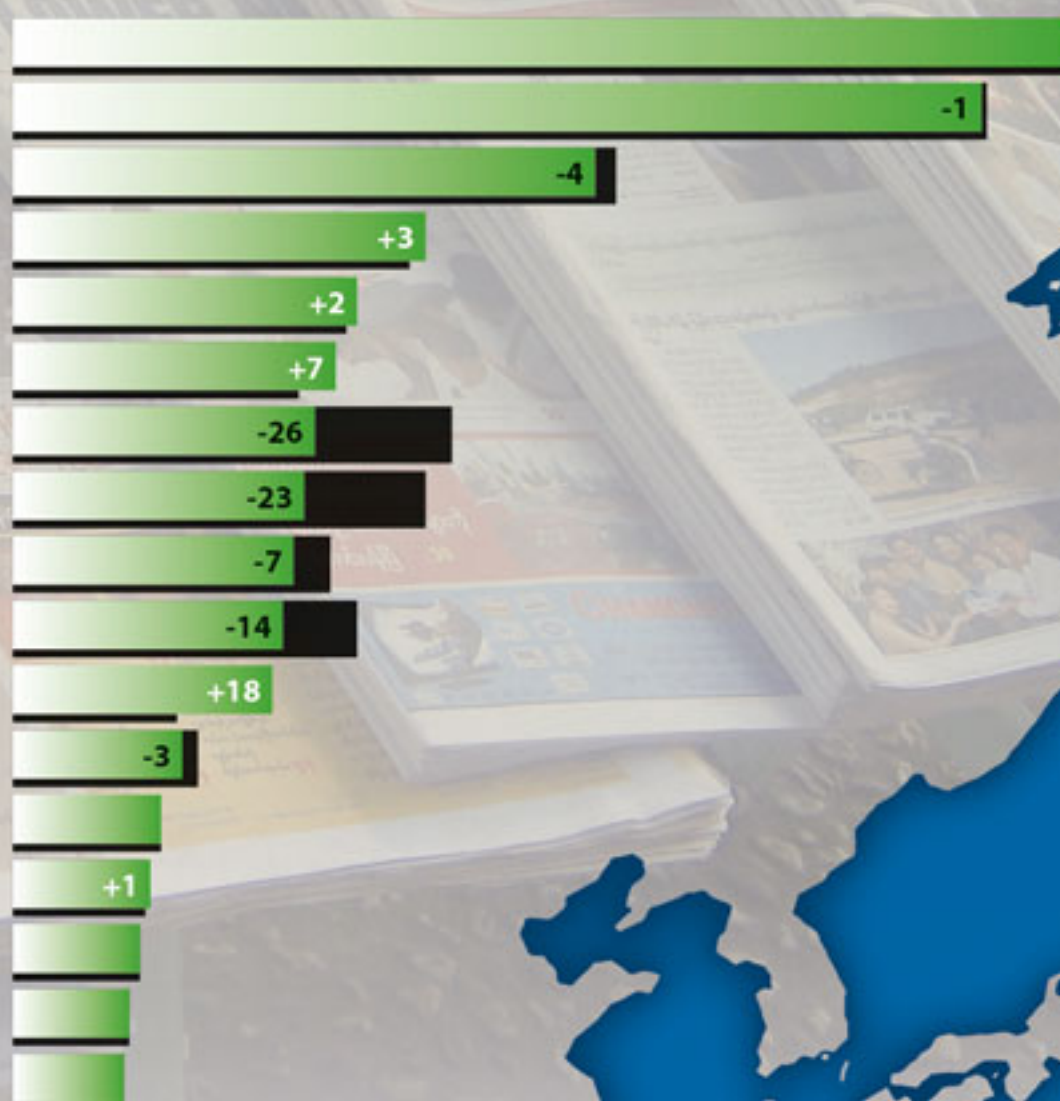
Par Par Lay von den Moustache Brothers, inhaftiert aufgrund freier Meinungsäußerung, Mandalay, Burma 2012



## PRESSEFREIHEIT WELTWEIT 2013

### Methode

Das Ranking versucht, den Grad der Medienfreiheit in den einzelnen Ländern wiederzuspiegeln. Dazu werden die Bemühungen der jeweiligen Staaten, unabhängige Berichterstattung zu respektieren und die freie Arbeit von Journalisten sicherzustellen, bewertet. Als Grundlage dient Reporter ohne Grenzen ein Fragebogen, der Medienvielfalt, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie Zugangsmöglichkeiten zum Beruf des Journalisten ebenso berücksichtigt wie medienrechtliche Strafen, Staatsmonopole, Existenz von Regierungseinrichtungen zur Kontrolle von Medien, Unabhängigkeit staatlicher Medien, Selbstzensur, Recherchefreiheit und freien Informationsfluss im Internet.



# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# KAMBODSCHA

Trotz einiger demokratischer Elemente ist Kambodscha eher als **autoritärer Staat** zu bewerten. Seit 30 Jahren regieren Premierminister Hun Sen und seine Volkspartei. Wahlen werden manipuliert und die Opposition gewaltsam unterdrückt.



© amnesty international

Die **Medien-, Presse- und Informationsfreiheit** hat sich seit dem Beginn des Demokratisierungsprozesses in Kambodscha wenig verbessert. Die elektronischen Medien sind nach wie vor komplett unter der Kontrolle der Regierung, es kommt regelmäßig zu Festnahmen von Menschenrechtsaktivisten und unabhängigen Journalisten.

Menschen, die zu Protesten und Demonstration aufrufen (meistens gegen Zwangsräumungen), müssen befürchten, inhaftiert und verurteilt zu werden. Die friedlichen Versammlungen werden sehr häufig gewaltsam aufgelöst. Menschenrechtsverteidiger und Demonstranten werden vermehrt Opfer von Schikanen und Kriminalisierung durch regierungsabhängige Gerichte.

© amnesty international

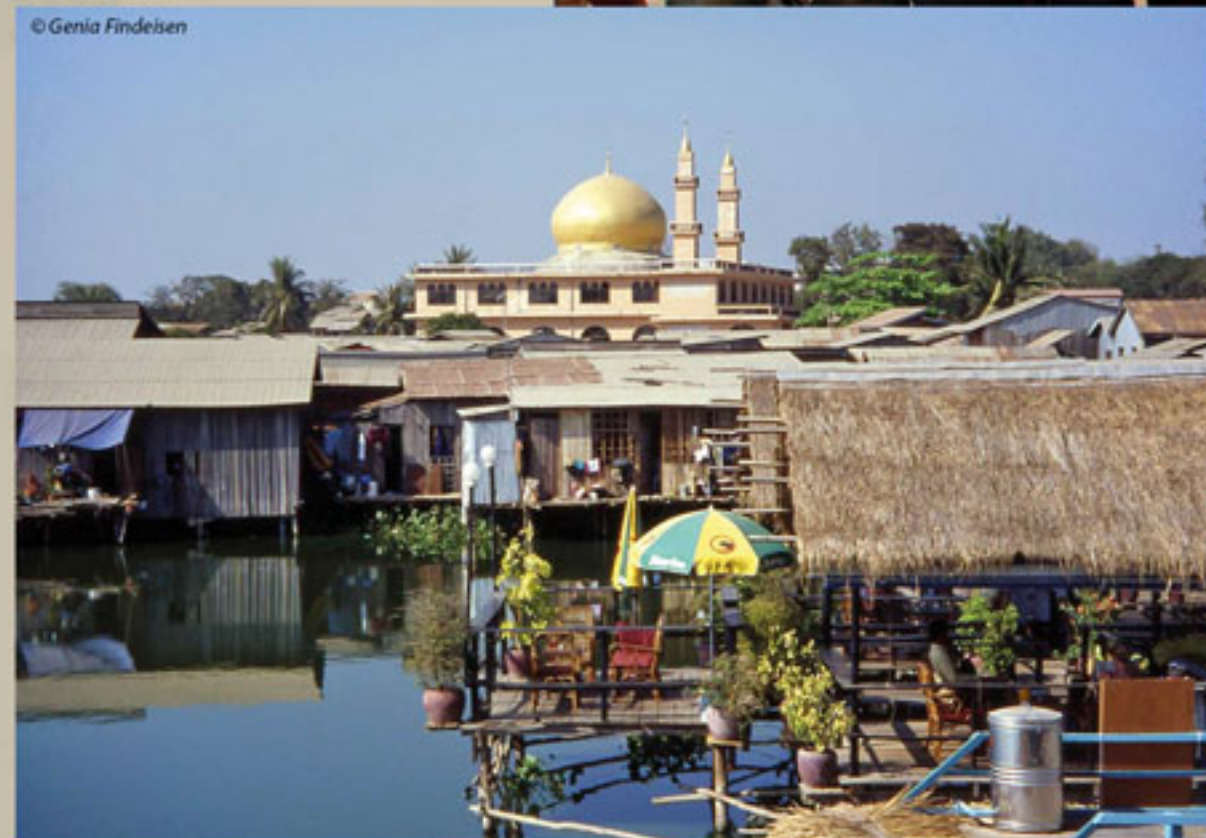
Boeung-Kak-See, Anwohner protestieren gegen ihre Zwangsräumung

Aktivistin Phouk Hong, Phnom Penh, 25. Mai 2011



Idylle am Boeung-Kak-See, Februar 2005

© Genia Findelsen



© Genia Findelsen

Der Boeung-Kak-See ist zugeschüttet, 25. Dezember 2011



© amnesty international

Solidaritätskundgebung für Aktivistin Bopha, Phnom Penh

Die Ereignisse rund um den im Stadtzentrum von Phnom Penh gelegenen Boeung-Kak-See sind dabei nur ein Beispiel für eine durch Landraub verursachte typische Entwicklung von Projekten in Kambodscha. Die Regierung hat den See und das umliegende Gelände an eine Investmentgesellschaft verpachtet, die dort mit Hilfe von chinesischen Investoren ein ganz neues Stadtviertel mit Luxuswohnungen und Büros bauen wird. Der See wurde nach und nach mit Sand zugeschüttet, die umliegenden Häuser zerstört und deren Bewohner gewaltsam vertrieben. Dagegen regt sich erheblicher Protest. Im Mai 2012 hatten 13 Anwohnerinnen des Boeung-Kak-Sees eine friedliche Protestveranstaltung abgehalten, um 18 Familien zu unterstützen, deren Häuser bei Zwangsräumungen zerstört worden waren. Sie wurden festgenommen und in einem Schnellverfahren zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Anklagen gegen die Frauen lauteten auf »rechtswidrige Besetzung öffentlichen Eigentums und Behinderung von Beamten unter erschwerenden Begleitumständen«. Sie kamen im Juni im Berufungsverfahren frei, ihre Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Eine weitere Aktivistin, Yorm Bopha, ist noch inhaftiert. Sie wurde im Dezember 2012 auf der Grundlage konstruierter Anklagen wegen »Gewalt mit Vorsatz unter erschwerenden Umständen« nach Artikel 218 des kambodschanischen Strafgesetzbuchs für schuldig befunden und zu drei Jahren Haft sowie zu Schadensersatzzahlung an die vermeintlichen Opfer verurteilt.

 Stiftung  
Asienhaus

Hamburger Stiftung  Asien-Brücke

 NUE  BINGO

 STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

 SÜDOSTASIEN  
Informationsstelle

# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# VIETNAM

Die sozialistische Republik Vietnam verfügt über ein **kommunistisches Einparteiensystem**, die Presse wird komplett durch die Regierung kontrolliert. Alle Medienprodukte werden von der Regierung oder regierungsnahen Organisationen betrieben und herausgegeben. Die geltende Verfassung von 1992 garantiert zwar das Recht auf Meinungsfreiheit, allerdings nur, wenn diese Meinung mit der Regierungs- und Parteilinie übereinstimmt. Alle Aktivitäten, »die den nationalen Interessen entgegenstehen oder zerstörend auf den Lebensstil und die Moral der Bevölkerung wirken«, sind untersagt. Konkret bedeutet dies, dass bestimmte Grundprinzipien der staatlichen Ordnung nicht angetastet werden dürfen, wie beispielsweise Kritik am sozialistischen Gesellschaftssystem, am Einparteiensystem und an der Alleinherrschaft der Partei.

Eine der Hauptinformationsquellen ist daher das **Internet**, zu dem etwa 35% der Bevölkerung Zugang haben. Auch das Internet befindet sich im Besitz des Staates und unterliegt dessen Kontrolle. Die Regierung setzt alles daran, die für das System schädlichen Informationen zu blockieren und Nutzer zu kontrollieren. Besitzer von Internetcafés sind gezwungen, eine Software zur Beobachtung und Aufzeichnung der Onlineaktivitäten ihrer Kunden zu installieren. Private Internetanschlüsse oder mobile Internetnutzungen müssen beim Anbieter registriert werden.

© Joseph Anh Nguyen



© Genia Findeisen

Zuschlagsbehörde: © Joseph Anh Nguyen



© Genia Findeisen



© Picture Allianz AP, Margie Mason

Heikles Thema,  
antichinesische Proteste

1 Haiphong Stadttheater

2 Presseerzeugnisse unterliegen  
in Vietnam staatlicher Kontrolle

Werbung für das  
sozialistische  
Gesellschaftssystem

Medium Internet  
als alternative Informationsbörse



© Genia Findeisen

Die vietnamesische Zensurbehörde benutzt keine kommerzielle Filtersoftware, sondern hat eine Liste mit den zu sperrenden Seiten erstellt. Auf dieser schwarzen Liste befinden sich hauptsächlich Webseiten mit sensiblen politischem und religiösem Inhalt in vietnamesischer Sprache, die nicht ausreichend systemkonform sind. Durch die eigene Liste kann die Filterung sehr viel besser auf die staatliche Zensur ausgerichtet werden als mit kommerzieller Software. Letztendlich geht es darum, Kritik und Vernetzung der Opposition zu stoppen, während die Wirtschaft weiter wachsen soll. Seit 2008 ist ein Gesetz in Kraft, welches Blogger bestraft, die sich zu politisch sensiblen Themen äußern. Interessierte Bürger kennen entsprechende Blogs, auf denen sie alternative, regierungskritische Informationen erhalten. Diese Blogs sind maßgeblich an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt. Regelmäßig sind in den vergangenen Jahren regierungskritische Blogger festgenommen und wegen »staatsfeindlicher Propaganda« zu bis zu 20 Jahren Haft verurteilt worden.

VIETNAM



Oktober 2012

Quelle:  
wearesocial

91.519.000  
Bevölkerung



31%

69%

30.858.742  
Internetnutzer



34%

Verbreitung des Internets

8.525.000  
Nutzer sozialer Netzwerke



9%

Verbreitung sozialer Netzwerke

127.318.045  
Mobilfunkverträge



139%

Mobilfunkverbreitung

Stiftung  
**Asienhaus**

Hamburger  
Stiftung **Asien-Brücke**

**NUE** **BINGO!**

STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

**SÜDOSTASIEN**  
Informationsstelle

# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# INDONESIEN

Seit dem Ende der Militärdiktatur unter General Suharto im Jahre 1998 befindet sich Indonesien in einem **Demokratisierungsprozess**. Im Zuge der Reformen wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung in die Verfassung aufgenommen. Bereits im Jahre 1999 wurde ein neues Pressegesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurden staatliche Kontrollmechanismen wie die Lizenzvergabe für Presseunternehmen, Zensur und inhaltliche Vorschriften abgeschafft. Das Informationsministerium wurde aufgelöst und durch einen unabhängigen Presserat, der die Pressefreiheit wahren soll, ersetzt. Aufgrund des liberalen Pressegesetzes gilt die indonesische Medienlandschaft als eine der freiesten in Asien. Gefährdet wird ihre Unabhängigkeit jedoch durch problematische Rahmenbedingungen. Dabei sind eine unsichere Rechtslage und Korruption im Justizwesen die größten Herausforderungen. Immer wieder werden Journalisten vor allem von einflussreichen Personen aus Wirtschaft und Politik wegen Verleumdung oder Rufmord verklagt.

Umfangreiches Presseangebot an einem Stand in Jakarta

Demonstration für Pressefreiheit



Journalisten bei einer Demonstration am 1. Mai 2012 in Yogyakarta.



Urteile werden oftmals nach dem Strafrecht gefällt, das in solchen Fällen deutlich härtere Strafen vorsieht als das Presserecht. So kommt es zu hohen Geld- und Freiheitsstrafen. Die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung führt in vielen Fällen zu Selbstzensur. Darüber hinaus kommt es vermehrt zu gewaltsamen Übergriffen auf Journalisten. Für das Jahr 2012 benennt die Vereinigung Unabhängiger Journalisten Indonesiens 56 Fälle. In nur sieben Fällen wurde ermittelt, die meisten blieben ungelöst. Die Straffreiheit der Angreifer steht in deutlichem Kontrast zu den harten Strafen für Journalisten.

Studenten in traditioneller Kleidung fordern Selbstbestimmung für West Papua.



Aktivisten fordern ein Referendum zum politischen Status West Papuas.

Das **Recht auf freie Meinungsäußerung** wird unter anderem im Hinblick auf Aktivitäten und Symbole, die die Unabhängigkeit einzelner Regionen Indonesiens symbolisieren, eingeschränkt. So ist beispielsweise die Morgensternflagge Papuas verboten. Bei Verstößen kommt es zu hohen Gefängnisstrafen, unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, Folter sowie Misshandlung von Inhaftierten und sogar zu Todesfällen. Im Rahmen von Protestaktionen und deren Vorbereitungen wurden um den 1. Mai 2013 mindestens drei Menschen von der Polizei erschossen. Mindestens 22 Personen wurden wegen Besitz oder Schwenken der Morgensternflagge verhaftet. An diesem Tag jährte sich die Übergabe Papuas an den indonesischen Staat zum fünfzigsten Mal.



# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# PHILIPPINEN

Seit dem Ende der Diktatur unter Präsident Marcos im Jahre 1986 sind die Philippinen ein demokratischer Staat. Die **politische Macht** liegt allerdings weitgehend in den Händen einflussreicher Familien, die große Landgüter besitzen und das politische sowie wirtschaftliche Leben des Landes stark prägen. Häufig verfügen sie über Privatarmeen, die ihre Interessen durchsetzen. Insbesondere in der Kolonialzeit und während der Marcos-Diktatur eigneten sich Eliten große Landflächen an. Sie verpachten das Land an Bauern, die dafür offiziell eine Ernteabgabe von 30% entrichten sollen. Meist verlangen die Landbesitzer jedoch einen weitaus höheren Anteil. Bauern, die sich dagegen wehren, werden bedroht oder etwa durch Anzeigen wegen Diebstahls kriminalisiert. Um den ungleichen Besitzverhältnissen entgegenzuwirken und damit ländliche Armut sowie soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wurde im Jahre 1988 ein Gesetz zur Landumverteilung erlassen. Die Umverteilung soll anhand eines entsprechenden Agrarreformprogramms durchgesetzt werden. Staatliche Kredite sollen es den Bauern ermöglichen, Land zu erwerben. Den Antrag auf ein Stück Land müssen die Bauern selbst stellen. Oftmals versuchen Großgrundbesitzer, sie durch Einschüchterungen von der Antragstellung abzubringen. Bewaffnete Sicherheitsleute hindern die Bauern am Betreten von zuerkanntem Land. So wird erreicht, dass die Bauern sich weiterhin in die Abhängigkeit der Großgrundbesitzer begeben müssen.

Die Bauernvereinigung Task Force Mapalad (TFM) informiert und unterstützt die Landbevölkerung beim Erwerb von Land sowie den dazu nötigen Anträgen. Außerdem besetzen TFM-Mitglieder zusammen mit betroffenen Bauern bereits zuerkanntes Land, zu dem den Bauern bislang der Zutritt verweigert wurde. Um die Rechte der Bauern einzufordern, organisiert die TFM außerdem lokale sowie nationale Demonstrationen und Streiks, darunter auch mehrtägige Protestmärsche und Sitzstreiks vor den zuständigen Behörden. Die Blockaden werden oftmals von der Polizei geräumt, und es kommt zu Verhaftungen.

**Medien- und Meinungsfreiheit** sind in der Verfassung der Philippinen verankert. Trotzdem gilt das Land als einer der gefährlichsten Orte für Journalisten. Das Massaker von Ampatuan, einer Gemeinde in der Provinz Maguindanao, gilt als der weltweit größte einzelne Angriff auf Journalisten. 58 Personen, die einen Kandidaten für den Gouverneursposten der Provinz begleiteten, wurden von einer Privatarmee ermordet – unter ihnen 32 Journalisten. Seit September 2010 wird ein Prozess gegen die mutmaßlichen Täter geführt, der jedoch durch Einschüchterungsversuche, Bestechung und fehlerhafte Ermittlungsarbeiten ins Stocken gerät. Im Juni 2012 wurde der dritte Zeuge des Massakers ermordet aufgefunden. Hier zeigt sich das Problem der Straflosigkeit und der mangelnden Kontrolle der nationalen Regierung. Außerdem wird die dringende Notwendigkeit eines ausreichenden Zeugenschutzprogramms deutlich.



Bauern demonstrieren im Februar 2012 auf einem mehrtägigen Protestmarsch für die Beschleunigung der Landreform.



Gewaltsame Auflösung einer Sitzblockade vor dem Präsidentenpalast im Februar 2011.

Ein Polizist steht Wache am Ort des Ampatuan Massakers, während zwei Ermittler ein geborgenes Opfer untersuchen.



Wrack eines Pressefahrzeugs. Die Aufschrift »PRESS« ist noch zu erkennen.

Bauern demonstrieren für eine schnellere Landverteilung. © Corinna Sinzig, IPON

© Nonoy Espina

 **Stiftung  
Asienhaus**

 **Hamburger  
Stiftung Asien-Brücke**

 **NUE**

 **STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN**

 **SÜDOSTASIEN  
Informationsstelle**

Landkarte: © Corinna Sinzig, IPON

# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# MALAYSIA

Das **politische System** Malaysias ist trotz einiger demokratischer Elemente als autoritär zu bezeichnen. Seit der ersten Wahl im Jahre 1957 regiert das Parteienbündnis Barisan Nasional, die Nationale Front.

Artikel 10 der Verfassung gewährleistet grundsätzlich Meinungs-freiheit für jeden Staatsbürger. Sie kann jedoch eingeschränkt werden, wenn dies zum Schutz von staatlichen Interessen, inter-nationalen Beziehungen oder der öffentlichen Ordnung und Moral als erforderlich erachtet wird. Das gleiche gilt bei der Ver-letzung der persönlichen Ehre oder bei Anstiftung zu einer Straftat. Der Printing Press and Publication Act (PPPA), das Gesetz für Druckmaschinen- und Veröffentlichungen aus dem Jahre 1984, schreibt die Lizenzierung eben dieser durch das Innenmi-nisterium vor. Neben dem PPPA gelten für Veröffentlichungen noch weitere Vorschriften, unter anderem auch der Sedition Act, das Volksverhetzungsgesetz, aus dem Jahre 1948.

Beide Gesetze können der Zensur dienen, wie etwa im Falle des malaysischen Karikaturisten Zunar. In den Jahren 2009 und 2010

wurden Razzien in seinem Büro, den Druckereien, die seine Publikationen herstell-ten, und dem zuständigen Verlag durchgeführt. Zunars Veröffentlichungen wurden beschlagnahmt.

Den Druckereien wurde mit Lizenzentzug gedroht, sollten sie wieder Aufträge von ihm annehmen. Buchhandlungen im ganzen Land wurden aufgefordert seine Bücher nicht mehr zu verkaufen.

Bei Zuwiderhandlungen müs-sen sie damit rechnen ver-klagt zu werden.

Mehrsprachiges Zeitungsangebot  
in Malaysia.

© Genia Findelsen



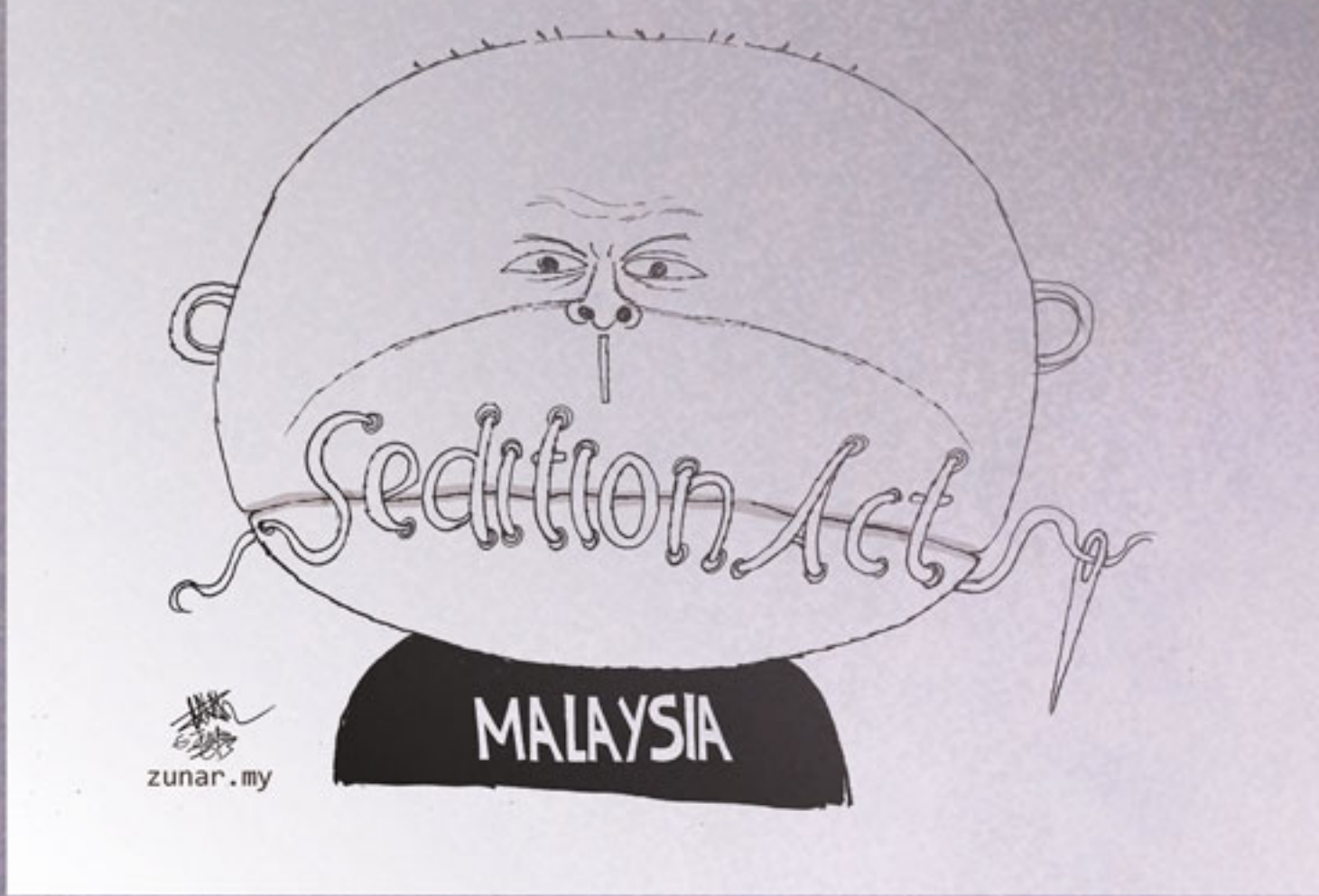
© Zunar

Zunar selbst wurde im Namen des Volksverhetzungsgesetzes verhaftet. Sieben seiner Bücher sind zurzeit durch das PPPA verboten.

Zunar erhob erfolglos Klage gegen die Regierung, um gegen das Verbot seiner Bücher vorzugehen – eine Verhandlung in nächster Instanz ist im Juli 2013 ange-setzt. Außerdem klagte er gegen seine Verhaftung. Das Gericht entschied, dass die Konfiszierung und Einbehaltung sei-ner Bücher nicht rechtmäßig waren, dass die Verhaftung jedoch zu vertreten sei. Entscheidungen wie diese tragen zu einer weiteren Verstärkung des Unwil-lens von Druckereien, Verlagen und Buchhandlungen bei, mit kontroversen Veröffentlichungen in Verbindung gebracht zu werden.

International erhielt Zunar hingegen mehrere Auszeichnungen, darunter im Jahre 2011 den Hellman/Hammett Award der Men-schenrechtsorganisation Human Rights Watch.

Der Karikaturist Zunar  
mit einem seiner Bücher.



© Zunar

Karikatur von Zunar zum Volksverhetzungsgesetz.



# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# SINGAPUR

Singapur ist eine parlamentarische Republik. Die Politik des Stadtstaats wird seit dessen Unabhängigkeit im Jahre 1965 von der People's Action Party, der Volksaktionspartei, dominiert. Man kann dahervon einem Einparteienstaatsprechen, der eher autoritär als demokratisch geprägt ist. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche **Versammlungen** ist in Artikel 14 der Verfassung verankert. Dieses Recht wird jedoch nur den Bürgern Singapurs zugestanden und kann außerdem durch das Parlament zur Wahrung der nationalen Sicherheit, öffentlicher Ordnung und Moral, ethnischer und religiöser Harmonie sowie guter Auslandsbeziehungen eingeschränkt werden. Außerdem gibt es keine Angaben zu einer Vorabzensur, die damit implizit gewährt wird. Die Regierung rechtfertigt die Zensur politischer, ethnischer und religiöser Themen mit dem fragilen Gleichgewicht des ethnisch und sprachlich vielfältigen Landes.

© Howard Lee, The Online Citizen



Protestaktion unter dem Motto #FreeMyInternet in Singapurs Speakers' Corner.



© Ryan Sim, The Online Citizen

Die zuständige Regulierungsbehörde kontrolliert Rundfunk, Presse sowie elektronische Medien, Filme, Videos, Musik und Tonaufnahmen. Seit Juni 2013 besteht nicht nur für Zeitungen, sondern auch für Nachrichtenseiten im Internet eine **Lizenzierungspflicht**. Mit der Lizenz ist die Verpflichtung verbunden, nach Aufforderung durch die Media Development Authority (MDA), die Behörde zur Entwicklung der Medien, Inhalte innerhalb von 24 Stunden von einer Seite zu entfernen ansonsten wird eine Erfüllungsgarantie von 50.000 Singapur-Dollar, etwa 30.000 Euro, erhoben.



© Howard Lee, The Online Citizen



© Ryan Sim, The Online Citizen

Unter dem Motto #FreeMyInternet organisierte eine Gruppe von Bloggern und Organisationen, die sich mit der Presse- und Meinungsfreiheit im Land auseinandersetzen, verschiedene Protestaktionen. Im Juni 2013 fand in diesem Rahmen eine Versammlung in Singapurs Speakers' Corner statt, an der etwa 2.500 Menschen teilnahmen. Die Speakers' Corner im Hong Lim Park ist der einzige Ort im Land, an dem öffentlicher Protest möglich ist. Dabei müssen einige Regeln beachtet werden. So sind Veranstaltungen zu religiösen oder ethnischen Themen beispielsweise untersagt.

 Stiftung  
**Asienhaus**

 Hamburger  
Stiftung **Asien-Brücke**

 **@NUE**  **BINGO!**  
Online University

 STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

 SÜDOSTASIEN  
Informationsstelle

# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# THAILAND

Die thailändische **Demokratie** weist diverse **autoritäre Elemente** auf. Die traditionellen Eliten des Landes versuchen mit Hilfe des Militärs, der Bürokratie und der Justiz, ihre Macht zu erhalten und Reformkräfte zu unterdrücken. Nach dem Militärputsch im September 2006 wurde die Demokratie zwar wieder hergestellt, jedoch wurden in einer von den Putschisten geschriebenen neuen Verfassung zahlreiche repressive und anti-demokratische Bestimmungen eingefügt.

Staatsoberhaupt des Landes ist seit 1946 König Bumiphol, der als vom Volk geschätzter Monarch dargestellt wird. Kritik am Königshaus oder der Monarchie ist nicht erlaubt. Der auch **Lèse-Majesté-Gesetz** genannte Artikel 112 sieht vor, Verstöße mit Haftstrafen von bis zu 15 Jahren zu ahnden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist somit stark eingeschränkt. Kritische Journalisten oder Reformaktivisten werden verhaftet und Filme zensiert oder verboten. Das Abstruse daran ist, dass der Vorwurf der Majestätsbeleidigung nicht vom Königshaus selbst erhoben wird, sondern von Privatpersonen. Polizei und Staatsanwaltschaft nehmen aufgrund dieser Anzeigen regelmäßig Ermittlungen auf und verurteilen vermeintliche Kritiker zu langjährigen Haftstrafen. Politiker und deren Unterstützer nutzen dies häufig, um politische Gegner in Misskredit zu bringen und Reformersowie Demokratieaktivisten mundtot zu machen. Die Selbstzensur ist daher zunehmend im Vormarsch. Andererseits gab es in den letzten Monaten mehrere Versuche von Aktivisten und Juristen, das Lèse-Majesté-Gesetz zu reformieren. Diese Vorstöße wurden jedoch von der herrschenden politischen Elite abgelehnt.



Run for Freedom Kundgebung



© Holger Grafen



© Holger Grafen

Protestzug unabhängiger Redshirts zum Strafgericht in der Rachadapisek Road

Januar 2013  
Protestzug zum Regierungssitz

Einer der bekannten Reformaktivisten ist der Journalist Somyot Prueksakasemsuk. Für eine Petition zur Überarbeitung des Artikels 112 wollte er Unterschriften sammeln, was jedoch durch seine Verhaftung im Frühjahr 2011 verhindert wurde. Angeklagt wurde er wegen der Veröffentlichung von 2 Artikeln in seiner Zeitschrift »Voice of Thaksin«. Nach zwei Jahren Untersuchungshaft wurde Somyot im Januar 2013 zu 11 Jahren Haft verurteilt. Mehrere Anträge auf Freilassung gegen Kaution lehnte das Gericht ab. Somyot ist nur ein prominenter Kritiker von vielen, dessen Recht auf freie Meinungsäußerung anhand des Artikels 112 eingeschränkt wurde.



© Holger Grafen

1. Mai 2013  
Alternativ - Kundgebung



© Nick Nostitz

Anti-112 Aktivisten übergeben Kisten mit Unterschriften für eine Gesetzesrevision an das Parlament

Chiranuch Premchaiporn, prominente Direktorin der unabhängigen thailändischen Internet-Zeitung Prachathai wurde nicht nur wegen des Verstoßes gegen das Lèse-Majesté-Gesetz, sondern auch auf der Grundlage des Gesetzes über Computerdelikte angeklagt. Sie hatte einige Beiträge von Nutzern ihrer Webseite, denen Majestätsbeleidigung vorgeworfen wurde, nicht rechtzeitig gelöscht. Ihre Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.



Stiftung  
**Asienhaus**

Hamburger  
Stiftung **Asien-Brücke**

**NUE** **BINGO!**

STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

**SÜDOSTASIEN**  
Informationsstelle

# MEDIEN- UND MEINUNGS- FREIHEIT

# BURMA

In Burma (landessprachlich Myanmar) regiert seit über fünf Jahrzehnten eine Militärjunta. Elementare Grund- und Menschenrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, existierten seither praktisch nicht. Im Jahre 2003 leitete die Militärregierung unter dem Motto »**Roadmap to Democracy**« einen vorsichtigen Öffnungskurs ein. Zwar sind im nationalen Parlament immer noch 25 Prozent der Mandate für das Militär reserviert, jedoch konnten inzwischen auch zahlreiche Oppositionspolitiker einen Sitz gewinnen. Viele politische Gefangene, darunter die prominente Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, wurden aus der Haft beziehungsweise dem Hausarrest entlassen. Laut Reporter ohne Grenzen befanden sich Ende 2012 keine Journalisten oder Blogger mehr in Haft. Trotz verschiedener Reformen, wie etwa der formalen Abschaffung der Medienzensur im Jahre 2012 und der offiziellen Schließung der Zensurbehörde Anfang 2013, ist die Medien- und Meinungsfreiheit in Burma nach wie vor stark eingeschränkt. Ein alternatives Medium, über das junge Leute ihren Unmut und ihre Ohnmacht gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Lage ausdrücken, ist die Musik.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich eine kleine **Punkszene** entwickelt. So wie viele ihrer Landsleute, stehen die Punks dem Wandel in ihrem Land skeptisch gegenüber, unter anderem da sie weiterhin staatlicher Überwachung ausgesetzt sind. Zwar müssen Songtexte nicht mehr bei der Zensurbehörde vorgelegt werden, doch die neue Gesetzeslage ist für viele noch unklar. Es gibt keine Garantie dafür, nicht im Gefängnis zu landen, wenn man der Regierung negativ auffällt. Trotzdem nimmt die Zahl an Bands mit Musikstilen wie Punk, Metalcore oder Indie Rock seit der Öffnung stetig zu. Vorsichtig testen die Musiker die Grenzen der neuen Freiheit aus.



© Matt Grace (alle Fotos)

Treffen der Punkszene auf dem  
»Burma Punx Festival – Freedomn 2011«  
in Rangun.



Auch die Indie-Band Side Effect hat ihre Wurzeln in der Punkszene Burmas. Es ist ihnen ein Anliegen, junge Leute in ihrem Land dazu zu ermutigen, sie selbst zu sein, Freiräume zu nutzen und zu schaffen. Diese Botschaft will die Band auch mit ihrer aktuellen CD *The Change* verbreiten, mit der sie im Sommer 2013 in Deutschland und Dänemark auf Tour waren – unter anderem im Vorprogramm der deutschen Band Die Ärzte.

 **Stiftung  
Asienhaus**

 **Hamburger  
Stiftung Asien-Brücke**

 **@NUE**  **BINGO!  
Die Kunst der Vielfalt**

 **STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN**

 **SÜDOSTASIEN  
Informationsstelle**